

Präsidialdepartement
Abteilung Aussenbeziehungen und
Standortmarketing
Marktplatz 30a
4001 Basel

Eingereicht per E-Mail an eza@bs.ch

Bern, 21. September 2023

Vernehmlassungsantwort zum Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA).

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne übermitteln wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA).

AvenirSocial ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit Schweiz. Wir vereinigen über 3'900 Mitglieder. Wir vertreten die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation, Gemeindegeneration, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogik. Diese Interessenvertretung findet auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene statt. Wir setzen uns für die Verwirklichung der Menschenrechte, der Chancengerechtigkeit sowie für eine qualitativ hochstehende Soziale Arbeit ein.

Ausgangslage

Ein Komitee hat die kantonale Initiative «1% gegen globale Armut» zustande gebracht. Der Kanton Basel-Stadt soll künftig mit 0,3 bis 1% der kantonalen Steuererträge Projekte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit fördern. Der Grosse Rat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser sieht vor, alle 4 Jahre mittels Rahmenausgabenbewilligung die Beträge für die internationale Arbeit zu bewilligen. Das Engagement soll von aktuell jährlich 4,3 Mio. um knapp 4 Mio. erhöht werden, wobei die Erhöhung gestaffelt erfolgen soll.

1. Erwägung

Die Absicht des Gesetzesentwurfes (**Gegenvorschlag**), den Betrag für die internationale Zusammenarbeit alle 4 Jahre zu bewilligen, legt einen sorgsameren Umgang mit Steuergeldern nahe. Das zeigt sich auch darin, der Erhöhung um knapp 4 Millionen Franken gestreckt über drei Jahre zuzustimmen: Die aktuellen Ausgaben sollen von 4,3 Mio. auf 8 Mio. im Jahre 2027 erhöht werden. Die **Initiative** trägt der Sorge um die finanziellen Mittel des Kantons Basel-Stadt Rechnung. Sie ist flexibel, indem sie keinen fixen Geldbetrag fordert, sondern den Betrag für die internationale Zusammenarbeit von der finanziellen Entwicklung des Kantons abhängig macht. Sie legt die Förderbeiträge

zwischen 0.3 und 1 Prozent fest. Je nach Staatsbudget können diese zwischen 8 – 27 Millionen variieren. Die Initiative führt eine Rezessionsklausel ein: Die Förderbeiträge können tiefer als 0.5% ausfallen, wenn der Kanton einen Bilanzfehlbetrag aufweist oder wenn die letzten drei Rechnungsjahre insgesamt mit einem Defizit von mehr als 50 Millionen abgeschlossen haben.

Bewertung

Aus der Sicht von AvenirSocial zeigt der Regierungsrat im Gegenvorschlag einen sorgsamem Umgang mit den Steuergeldern. Die Initiative trägt der Sorge Rechnung, als sie die Förderbeiträge für die internationale Entwicklungszusammenarbeit auf die jeweilige finanzielle Entwicklung des Kantons abzustimmen sind.

2. Erwägung

Der vom Regierungsrat beantragte Prozentsatz von 0.08 des Kantons Basel-Stadt für die Finanzierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist im Vergleich zu anderen Städten (und Institutionen) wie Zürich und Genf gering. Die schweizerische Entwicklungshilfe (APD) in % des Bruttonationaleinkommens (BIP) schwankt zwischen 0.45% im Jahre 2013 und 0.56% im Jahre 2022. Im Rahmen der UNO-Vereinbarung sollte die Schweiz mindestens 0.7% des BIP bereitstellen.

Bewertung

Der Kanton Basel-Stadt leistet im Vergleich zu den anderen Städten einen ungenügenden Beitrag zur Armutsbekämpfung. Mit einer Erhöhung der Unterstützung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, wie sie die Initiative vorsieht, wird der Kanton seiner Verantwortung mit Augenmass gerecht. Der Kanton Basel-Stadt stellt sich in der Folge in den Kreis der Kantone und Städte, die eine gute Entwicklungshilfe leisten. Die wirtschaftlichen Erträge in Form von Steuererträgen sind zum Teil für die Korrektur von negativen Auswirkungen der Wirtschaft auf Mensch und Umwelt beizuziehen.

Allgemeine Einschätzung aus der Sicht der Internationalen Sozialen Arbeit

AvenirSocial sieht als Hauptgrund für die Migrationsbewegungen die enormen internationalen Einkommensunterschiede. Verstärkt wird dieser Trend durch den Klimawandel und der damit einhergehenden Bedrohung der ohnehin schon von Armut bedrohten Menschen. Schätzungen der Caritas gehen davon aus, dass bis ins Jahre 2030 bis zu 120 Millionen mehr Menschen in die Armut fallen und die Fluchtbewegungen nochmals stark zunehmen. Es ist im Interesse des Bundes, der Kantone, der Gemeinden wie auch der Bevölkerung der Schweiz, dass notleidende Menschen ein Einkommen im Aufenthaltsstaat finden. Mit einer Erhöhung des finanziellen Beitrages können die Fluchtursachen wie Armut und Klimawandel intensiver vor Ort angegangen werden. Der Kanton wird zukünftig in seiner Entwicklungszusammenarbeit einem weiten Begriff der internationalen Zusammenarbeit folgen, Qualitätskriterien festlegen, Wirkungsorientierung, einen effizienten Mitteleinsatz sowie Nachhaltigkeit und Transparenz Genüge tun. Der Ratschlag und Bericht des Regierungsrates erläutert differenziert und breit die Themenfelder. Erstaunlich ist die Tatsache, dass die Auswirkungen des Klimawandels und der Ungleichheit unter keinem Abschnitt des ansonsten gut ausgearbeiteten Berichts thematisiert werden. Der Internationale Klimarat (IPCC) verdeutlicht in sein Berichten die bereits verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschheit und die auf Ökosysteme.

Stellungnahme der Fachkommissionen Internationales von AvenirSocial zum Gegenvorschlag des Regierungsrates

Die Soziale Arbeit ist seit jeher auf vielfältige Weise mit Fragen der Regulierung und Reproduktion von Armut verknüpft. Ihr Wertegebäude umfasst die Menschenwürde, die soziale Gerechtigkeit

wie auch die Prinzipien der Menschenrechte. Die Konsequenz dieser zentralen Werte führt zu einer nationalen wie auch globalen Anerkennung Anderer, zu gemeinschaftlicher Verantwortung und zur Akzeptanz von Verschiedenheit. Eine Erhöhung der finanziellen Mittel, wie sie die Initiative vorsieht, fördert die Ermächtigung der von Ungleichheit und Klimawandel betroffenen Menschen. Aus der Perspektive einer international tätigen Sozialen Arbeit trägt die Erhöhung finanzieller Mittel und deren guter Einsatz für die internationale Entwicklungszusammenarbeit - unter Berücksichtigung der in diesem Feld tätigen unterschiedlichen Akteure und Institutionen - zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit bei.

Daraus folgt:

Die Fachkommission Internationales des Berufsverbandes AvenirSocial hat den «Ratschlag und Bericht» zur Kenntnis genommen und die darin aufgeführten Argumente diskutiert und einer sorgfältigen Würdigung unterzogen. Bei der Gewichtung der Überlegungen kommt sie zum Schluss, dass:

- die «Kantonale Volksinitiative 1% gegen globale Armut» angemessen und flexibel die finanzielle Entwicklung der Wirtschaft des Kantons Basel-Stadt berücksichtigt;
- die Initiative mit Augenmass entwickelt worden ist. Sie erhöht mit der in der Initiative vorgesehenen Erhöhung der finanziellen Mittel die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit und fördert sie insgesamt.

Aus diesen Gründen unterstützt AvenirSocial die Initiative.

Sollte der Gegenvorschlag bei der Abstimmung angenommen werden, regen wir an, die folgenden Anregungen zu berücksichtigen:

§ 1 Zu Gegenstand und Zweck

Die Klimaproblematik ist auch zu berücksichtigen: *Projekte der Entwicklungszusammenarbeit können zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im Globalen Süden beitragen und somit Armut bekämpfen* (vgl. Caritas Schweiz: Armutsbekämpfung und Klimapolitik sind keine Gegensätze).

ÄNDERUNGSEMPFEHLUNG: «Dem Zusammenhang zwischen Klimapolitik und Armutsbekämpfung ist genügend Rechnung zu tragen».

§ 6 Kommission für Internationale Zusammenarbeit

Anregung und Antrag: Ein Schwerpunkt der Internationalen Sozialen Arbeit besteht darin, statt Exklusion die **Inklusion in das jeweilig bestehende System** zu fördern. Dabei handelt sich um einen wesentlichen Gesichtspunkt, den die Internationale Soziale Arbeit in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen und sie damit fördern kann. *AvenirSocial regt an, als Organisation in der «Kommission für Internationale Zusammenarbeit» berücksichtigt zu werden.*

Wir bedanken uns für Ihr Interesse, das Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen. Sehr gerne stehen wir Ihnen für allfällige Fragen oder Erläuterungen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse